



Ökonomie der Zuwanderung

Die Nettozuwanderung in die Schweiz, die seit 2007 im Schnitt jedes Jahr mehr als 75 000 Personen betrug, hat eine Vielzahl wirtschaftlicher, politischer und sozialer Wirkungen. Aus ökonomischer Sicht sind drei Punkte bedeutsam.

► **Erstens:** Die Vorteile der Zuwanderung werden zum überwiegenden Teil von Managern und Eigentümern von Firmen vereinnahmt. Darum bemühen sich vor allem die Firmen und ihre politischen Vertreter, aus deren Sicht zu Recht, um die Beibehaltung der Personenfreizügigkeit. Die Nachteile – überfüllte Züge, Strassenstaus, steigende Mieten, Einwanderung in die Sozialwerke, Bürokratisierung des Arbeitsmarktes, Wachstum des öffentlichen Sektors etc. – werden von der Allgemeinheit getragen. Die Anreizstrukturen aus einer Konzentration der Vorteile bei wenigen und einer Streuung der Nachteile über die ganze Bevölkerung führen zu einer zu grossen Einwanderung.

► **Zweitens:** Die Schweiz ist für ausländische Arbeitnehmer, aber auch für Personen, die hier nicht arbeiten möchten, ein Honigtopf mitten in Europa. Heute ist der Zutritt zu diesem Honigtopf gratis, teilweise

wird er sogar noch subventioniert. Auch hier gilt, dass Güter, die erstrebenswert und frei zugänglich sind, übernutzt werden. Und auch hier gilt, dass die Nutzung eines solchen Gutes rationiert werden muss, wenn die Einwanderer den Honigtopf, den die Inländer gefüllt haben, nicht

*«Vorteile der
Zuwanderung
für die Mana-
ger, Nachteile
für die
Allgemeinheit»*

leeren sollen. Welches Rationierungssystem, z. B. Versteigerung von Quoten, zur Anwendung kommen soll, muss analysiert und diskutiert werden.

► **Drittens:** Die Mobilität der Produktionsfaktoren, unter anderem die Personenfreizügigkeit, spielt innerhalb der EU, gerade weil zwischen den Euroländern kein Wechselkurs mehr existiert und es nur einen vergleichsweise unbedeutenden Finanzausgleich gibt, eine zentrale Rolle des wirtschaftlichen Ausgleichs und damit der Integration. Gegenüber der Schweiz ist dieses prinzipielle Argument von untergeordneter Bedeutung, da wir einen – momentan zwar nur in einer Richtung – freien Wechselkurs haben. Auf keinen Fall kann dieses Argument dazu dienen, eine Zuwanderung, die um Faktoren grösser ist als in allen EU-Ländern, zu rechtfertigen.

Es ist begreiflich, dass die EU angesichts solcher fundamentaler Argumente bereits wieder droht.

Aber die Schweiz hat keine andere echte Wahl, als die Zuwanderung unter eigene Kontrolle zu bringen; wohl besser jetzt als in fünf oder zehn Jahren.